

SWR» / [SWR Aktuell](#) / [Baden-Württemberg](#)

EIGENES BAUMINISTERIUM GEPLANT

Grün-Schwarz will sich für bezahlbare Mieten in Baden-Württemberg einsetzen

Bundesweit steigen die Mieten immer weiter - günstige Wohnungen gibt es wenige. Die neue Regierungskoalition in Baden-Württemberg plant nun ein Bauministerium mit konkreten Aufgaben.

Grün-Schwarz will, dass in Baden-Württemberg künftig ökologischer gebaut wird und mehr bezahlbare Wohnungen entstehen. Bis zum Jahresende soll ein ressortübergreifender Strategiedialog namens "Bezahlbares Wohnen und innovatives Bauen" an den Start gehen, wie die Spitzen um Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) und CDU-Landeschef Thomas Strobl bei der Vorstellung des Koalitionsvertrags am Mittwoch auf dem Forschungscampus Arena2036 in Stuttgart mitteilten. Künftig soll es in der neuen Landesregierung ein eigenes Bauministerium geben.

Die Bauwirtschaft begrüßte die Schaffung eines eigenen Ressorts. "Durch die Bündelung der riesigen, aber auch sehr komplexen Herausforderungen im Baubereich können wir das Jahrhundertprojekt 'Klimagerechtes Bauen' nun deutlich schneller vorantreiben", sagte Verbandschef Markus Böll.





KLIMASCHUTZ, INNERE SICHERHEIT, SCHULPOLITIK

Baden-Württemberg: Das steht im neuen Koalitionsvertrag von Grün-Schwarz

Koalition will längere Fristen für Mietpreisbindungen

Die Koalitionspartner wollen in den nächsten zehn Jahren den Anteil preisgünstiger Wohnungen konsequent erhöhen - sowohl im geförderten als auch im frei finanzierten Bereich. Dafür sollen die Förderprogramme geändert werden, um auch längere Fristen mit Mietpreisbindung zu erreichen. "Ziel sind mehr bezahlbare Wohnungen, die an verschiedene Bedürfnisse anpassbar sind", heißt es im Koalitionsvertrag. Beide Regierungspartner wollen zugleich die Gründung von kommunalen Wohnungsbaugenossenschaften unterstützen. Außerdem fassen Grüne und CDU ins Auge, die Möglichkeiten der Umwandlung von Büroräumen in Wohnraum zu prüfen. Hintergrund ist der Trend, verstärkt von zu Hause aus zu arbeiten.

Sozialverband fordert soziale Wohnungspolitik

Die Chefin des Sozialverbands der Paritätische, Ursel Wolfgramm, sagte: "Was wir brauchen, ist eine soziale Wohnungspolitik." Es sei die Aufgabe dieser Politik, allen Menschen einen ihren individuellen Bedürfnissen angemessenen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. "Wohnen gehört zu den existenziellen Grundbedürfnissen eines jeden Menschen."

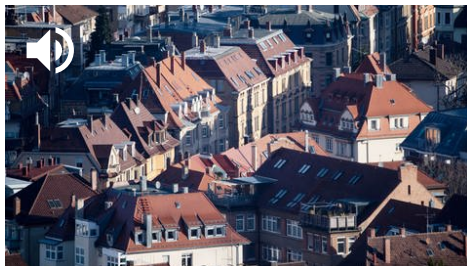
Weniger Flächenverbrauch - Mehr Holznutzung

Die Koalitionäre wollen gleichfalls den Flächenverbrauch reduzieren und auf verstärkte Nachverdichtung setzen. In den Städten bestehe nach wie vor ein großes Potenzial für Verdichtung und Wachstum, insbesondere auf bereits bebautem Stadtgebiet, heißt es im Vertragstext weiter. Bei eigenen Bauvorhaben und Modernisierungen will das Land noch stärker auf den Baustoff Holz setzen.



BOOM IN DER BAUWIRTSCHAFT

Bauen in Baden-Württemberg wird teurer - Materialknappheit wegen gestiegener Nachfrage



18.000 INFESTIONEN AUSGEWERTET

Studie in Stuttgart: Mehr Corona-Fälle in ärmeren Stadtvierteln



Mieterbund: Wohnungen in Stuttgart sind zu teuer

STAND: 5.5.2021, 16:53 Uhr

AUTOR/IN: SWR

Der SWR ist Mitglied der ARD